



Unterlage zur Sitzung im öffentlichen Teil

Gremium	am	TOP
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales	27.09.2010	

Anlass:

- Mitteilung der Verwaltung
- Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen
- Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung
- Stellungnahme zu einem Antrag nach § 3 der Geschäftsordnung

Entwicklung der Personalaufwendungen

hier: Beantwortung einer Rückfrage von Frau von Bülow aus der Sitzung vom 05.07.2010

Anlass

In der Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 05.07.2010 hat Frau von Bülow unter TOP 3.6 *Entwicklung der Personalaufwendungen* um eine Ergänzung der Auflistung für die im Haushaltsjahr 2009 zugesetzten Stellen gebeten.

Des Weiteren bat Frau von Bülow um eine ergänzende Mitteilung bzgl. der Nennung der Landtagswahl 2010 im Bereich „Sonstige Mehrbelastungen“.

Stellungnahme der Verwaltung

Bei der Erläuterung der Mehrstellen für 2009 wurde auf eine umfangreiche Darstellung aller rd. 574 Mehrstellen im Hinblick darauf verzichtet, da diese bereits im Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2009 ausführlich aufgelistet wurden (Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergaben/Internationales vom 17.12.2008 – Vorlage 3139/2008). Es sollten lediglich beispielhaft die besonderen Schwerpunkte der Mehrstellenbedarfe hervorgehoben werden.

Da sich die übrigen 290 Stellen kleinräumig auf die gesamte Verwaltung verteilen, ist eine weitere aufgabenbezogene Zusammenfassung nicht aussagekräftig.

Ergänzend wird daraufhingewiesen, dass von den rd. 574 Mehrstellen rd. 178 Stellen zunächst gesperrt wurden. Wie im Rahmen der vom Finanzausschuss in seiner Sitzung am 22.03.2010 beschlossenen Vorlage zur Besetzungssperre bzw. Bedarfsprüfung von Mehr-

stellen aus dem 1. Veränderungsnachweis zum Stellenplan 2008/2009 (0417/2010) dargestellt, sind weiterhin 69 Stellen mit einem Sperrvermerk versehen.

Die externe Besetzung aller rd. 574 Mehrstellen würde zu zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von ca. 29 Mio. Euro führen. Dieser Betrag stellt eine rein rechnerische Größe dar und wurde auf Basis der durchschnittlichen Jahrespersonalkosten kalkulatorisch ermittelt.

Erst unter Einbezug der folgenden Aspekte erhält dieser Betrag eine gewisse Aussagekraft. Denn tatsächlich werden Mehrstellen auch intern besetzt, so dass mit entsprechend zeitlicher Verzögerung eine Vakanz an anderer Position im Stellenplan auftritt und die Besetzung der Mehrstelle haushaltsneutral ist. Die Besetzung einer Mehrstelle erfolgt in der Praxis nicht grundsätzlich zum 01.01. des Jahres, sondern in der Regel unterjährig, so dass die Jahrespersonalkosten reduziert werden. Für befristete Mehrstellen gilt dasselbe bezogen auf das Freimachen der Stelle. Gesperrte Stellen werden gar nicht besetzt und erzeugen keine Personalkosten. Bewilligte Mehrstellen werden teilweise erst im folgenden Haushaltsjahr besetzt, so dass sich die Kosten erst im Folgejahr im Haushalt niederschlagen.

Die reine Kalkulation der Jahrespersonalkosten für Mehrstellen lässt daher keine verlässliche Aussage bzgl. der tatsächlich entstehenden Mehrkosten zu, da der zeitliche Aspekt der tatsächlichen Stellenbesetzung nicht betrachtet wird.

Zur Darstellung einer verlässlichen Kenngröße arbeitet die Verwaltung daher mit einer aussagekräftigen und vergleichbaren Kennzahl, die auch die zeitlichen Veränderungen (z.B. unterjährige Einstellungen) berücksichtigt. Diese Kennzahl ist der Personalbestand. Die Veränderung des Personalbestandes berücksichtigt neben den o.g. Einflussfaktoren noch weitere Aspekte wie z. B. Fluktuation, Teilzeitbeschäftigung. Mittels Entwicklung des Personalbestandes lassen sich so aussagekräftige Vergleiche z.B. zwischen 2 Haushaltsjahren ziehen.

Mit der Vorlage 1204/2010 für die Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales vom 05.07.2010 wurde die Entwicklung des Personalbestandes über die Jahre 2007 bis 2009 dargestellt, der sich u.a. aus der Besetzung der insgesamt rd. 1.385 Mehrstellen aus den Haushaltsjahren 2007 bis 2009 ergibt. Demnach beträgt die Veränderung des Personalbestandes im genannten Zeitraum 885 vollzeitverrechnete Stellen in der Verwaltung, die Personalaufwendungen in Höhe von rd. 35 Mio. Euro entsprechen. Dieser auf realen Bestandsdaten basierende Wert weicht daher von dem rein rechnerisch kalkulierten Betrag in Höhe von 29 Mio. Euro ab.

Anlässlich der Landtagswahl 2010 wurden 90 befristete Beschäftigte eingestellt. Personalaufwendungen dafür sind in Höhe von ca. 350.000,00 Euro entstanden.

gez. Kahlen